

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Integration, Arbeit und Soziales

3. Sitzung
3. März 2022

Beginn: 09.05 Uhr
Schluss: 12.38 Uhr
Vorsitz: Sandra Brunner (LINKE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Bericht aus der Senatsverwaltung
(auf Antrag aller Fraktionen)

[0011](#)
IntArbSoz

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

**Die aktuelle und zukünftige Finanzierungssituation
von Krisen- und Clearingeinrichtungen – Welche
Pläne hat der Senat?**

(auf Antrag der Fraktion der FDP)

[0009](#)

IntArbSoz

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Sandra Brunner: Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Nach der Lüftungspause starten wir mit

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

**Entwicklung des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes
in Berlin seit Pandemiebeginn sowie Ausblick und
Handlungsschwerpunkte**

(auf Antrag der Fraktion der CDU)

[0006](#)

IntArbSoz

Hierzu: Anhörung

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüße ich ganz herzlich an den Bildschirmen aus der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales Frau Margrit Zauner, Frau Kirsten Bausch-Sauermann und Frau Alexandra Brinkmann. Herzlich willkommen! Schön, Sie wiederzusehen! – Ich begrüße ganz herzlich hier im Saal Frau Dr. Ramona Schröder, Vorsitzende der Geschäftsführung der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg. – Herzlich willkommen, Frau Dr. Schröder! – Ich begrüße ebenfalls ganz herzlich Herrn Heiko Glawe. Herr Glawe ist Abteilungsleiter Haushalts- und Finanzpolitik, Berufliche Bildungspolitik und Verkehrspolitik beim Deutschen Gewerkschaftsbund Bezirk Berlin-Brandenburg. Herzlich willkommen, Herr Glawe! – Digital zugeschaltet sind uns zwei weitere Anzuhörende: Herr Jörg Nolte, Geschäftsführer für Wirtschaft und Politik der Industrie- und Handelskammer zu Berlin, und Frau Sandra Trommsdorf, Bereichsleiterin für Wirtschaft und Politik der Industrie- und Handelskammer zu Berlin. – Herzlich willkommen, Herr Nolte und Frau Trommsdorf!

Ich gehe davon aus, dass wir, wie immer bei Anhörungen, ein Wortprotokoll wünschen. – Herr Prof. Dr. Pätzold möchte diesen Besprechungspunkt gerne für die Fraktion der CDU begründen. – Bitte schön!

Dr. Martin Pätzold (CDU): Vielen Dank! – Uns alle eint das Ziel, Teilhabe zu ermöglichen. Deswegen freut es mich, dass wir die Möglichkeit haben, in einer Anhörung sehr zeitnah zu Beginn der neuen Legislaturperiode über dieses wichtige Thema sprechen zu können. Ich will mich auch bei der Koalition bedanken, dass wir das jetzt relativ zeitnah gemeinsam auf die

Tagesordnung setzen konnten, weil wir gemeinsame Interessen haben, wirklich Teilhabe zu ermöglichen.

Zwei Punkte können wir heute hoffentlich in der Anhörung gut herausarbeiten. Inhaltlicher Art ist zum einen das Thema, dass wir unsere eigenen Potenziale nutzen, auch aus sozialen Gesichtspunkten jeden in Arbeit bringen, der arbeiten möchte. Langzeitarbeitslosigkeit, Ausbildungsplätze und die ganze Frage der Weiterbildung sollten und können heute hier gut diskutiert werden. Der zweite Punkt: Wie können wir gute Rahmenbedingungen dafür schaffen, Fachkräfte anzuwerben und dafür, dass der Staat auch handlungsfähig ist und die Verwaltung gute Schnittstellen hat? – Dazu haben wir mit der IHK, dem DGB und der Agentur für Arbeit hier sehr gute Anzuhörende. Vielen Dank also, dass das so zeitnah geklappt hat! Auch wenn heute der Zeitrahmen für die Anhörung natürlich durch tagesaktuelle Themen etwas kürzer ist, ist es trotzdem ein gutes Zeichen, dass wir uns so früh mit dem Thema beschäftigen.

Vorsitzende Sandra Brunner: Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Pätzold! – Frau Senatorin Kipping hat mir gerade signalisiert, dass sie das Wort zuallererst den Anzuhörenden geben möchte. Deswegen schaue ich jetzt mal – ich würde vorschlagen, dass Sie, Frau Dr. Schröder, beginnen. – Bitte schön!

Dr. Ramona Schröder (Regionaldirektion Berlin-Brandenburg; Vorsitzende der Geschäftsführung): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Senatorin! Sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Integration, Arbeit und Soziales! Ich bedanke mich für die Einladung so früh in diesem Jahr und versuche, in der gebotenen Kürze, aber auch in der notwendigen Ausführlichkeit zu drei Punkten zu informieren: Ich möchte zunächst gern einen Gesamtüberblick für das Land Berlin am Arbeits- und Ausbildungsmarkt geben, dann noch einmal einen tieferen Blick werfen, der sich eher strukturellen Themen widmet, und würde dann zum Abschluss kurz dazu ausführen, was auf dieser Basis jetzt zu tun ist.

Kein Bundesland war am Arbeitsmarkt so stark von der Pandemie betroffen wie Berlin. Wir sehen das ganz deutlich an der Entwicklung der Arbeitslosigkeit, die im Durchschnitt des Jahres 2019 bei 152 000 Menschen lag und die im Durchschnitt des Jahres 2021 auf knapp unter 200 000 Menschen angestiegen ist. Wir haben diese sehr gravierende Entwicklung dann auch auf der Arbeitgeberseite mit dem Rückgang der Zahl der Stellenangebote erlebt, die im Jahresdurchschnitt des Jahres 2019 bei etwas mehr als 27 000 lag und dann 2021 im Jahresdurchschnitt auf knapp unter 19 000 gesunken ist. Trotzdem haben wir in der gesamten Pandemiephase keinen Rückgang in der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung registriert, ganz im Gegenteil: Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist vom Dezember 2020 auf den Dezember 2021 um knapp 16 000 Beschäftigungsmöglichkeiten gestiegen. Das hat vor allen Dingen den Hintergrund, dass wir neben den sehr pandemiegebeutelten Branchen – wenn ich das so umgangssprachlich sagen darf – sehr viele Branchen in der Stadt haben, die einen Beschäftigungsaufwuchs, und zwar einen sehr deutlichen, zu verzeichnen hatten. Das fängt bei sämtlichen Themen der Information, Kommunikation und des Handels an, betrifft aber auch alle Dienstleistungsbereiche. Wir haben leider Gottes in Berlin in der Pandemiephase einen Rückgang in der Beschäftigung vor allen Dingen auch im verarbeitenden Gewerbe zu verzeichnen gehabt.

Seit dem Spätsommer 2021 sehen wir eine Trendwende, die Monat für Monat anhält, bis heute. Wir haben also im Augenblick, im Januar und Februar, in den isolierten Monatswerten

Gott sei Dank wieder einen Rückgang in der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Wenn ich den Vergleich vom Februar 2022 zum Februar des Vorjahres nehme, haben wir heute etwas weniger als 30 000 Menschen weniger in der Arbeitslosigkeit, und wir verzeichnen auch wieder einen Aufwuchs in der Nachfrage nach Beschäftigung. Das ist ein positives Signal. Wir erwarten in Berlin auch für das Jahr 2022 – ich komme darauf zu einem späteren Zeitpunkt noch mal kurz zu sprechen – den höchsten Beschäftigungszuwachs im Vergleich der Bundesländer. Das ist also eine doch sehr positive Rahmenbedingung für das Jahr 2022.

Uns hat in der Pandemiephase natürlich die Kurzarbeit enorm geholfen. Ich will hier einfach mal zwei Zahlen vorstellen, die das deutlich machen. In der Hochphase der Pandemie waren knapp 240 000 Menschen in Kurzarbeit. Stellen Sie sich einfach mal vor, diese Menschen wären alle arbeitslos geworden. Wir hatten jetzt im November – das ist die frühestmögliche Zahl, die wir benennen können, wegen des Abrechnungsprozederes – noch 22 500 Menschen in Kurzarbeit. Die Kurzarbeiterquote lag im April 2020 bei 15,5 Prozent und im November 2021 bei 1,4 Prozent. Am ganz aktuellen Rand kann ich Ihnen sagen, dass mit der letzten Pandemiewelle die Anzeigengrößenordnungen wieder zurückgehen, und wir gehen ganz stark davon aus, dass wir hier auch weiter Entlastung aus dem Arbeitsmarkt heraus sehen werden und die Kurzarbeit dann weiter rückläufig ist.

Noch mal ein kurzer Rückblick auf die Entwicklung in der Beschäftigung, die ich eingangs dargestellt habe: Wir sehen beispielsweise bei der Struktur der Betriebe, dass hier vor allen Dingen alles, was mit Gastronomie und Tourismus verbunden ist, von Kurzarbeit betroffen war. Die hatten eine Kurzarbeiterquote von 15,5 Prozent, und alle weiteren darunter sind weit abgeschlagen bei 5 bis 2 Prozent. Das heißt also, in der Pandemie haben nicht alle Branchen in der gleichen Weise gelitten.

Zum Thema Arbeitsmarkt gehört natürlich das Thema Ausbildung. Ich darf hier berichten, dass es uns trotz der sehr schwierigen Situation in den letzten zwei Jahren – wir konnten nicht durchgängig mit den Beratern und der Jugendberufsagentur Berlin in die Schulen –, wie ich finde, im Vergleich zum Jahr 2019 gut gelungen ist, Schülerinnen und Schüler für das Thema betriebliche Ausbildung zu gewinnen. Wir hatten im Februar 2019 13 740 Schülerinnen und Schüler als Bewerber gemeldet. Im Februar 2021 waren es dann 12 600, und wir sind jetzt im Februar 2022 schon wieder bei 13 200, das heißt, wir haben hier wirklich gut gearbeitet. Ich kann auch berichten, dass unsere Impulse an die Unternehmerschaft in Berlin jetzt, im Februar 2022, auch Früchte tragen, denn wir verzeichnen inzwischen auch wieder einen Anstieg bei den gemeldeten Berufsausbildungsstellen, insbesondere auch bei den betrieblich gemeldeten Ausbildungsstellen. Was uns sicherlich fehlt und was jetzt das Gebot der Stunde ist – hier bin ich auch mit der Bildungssenatorin, Frau Busse, im Gespräch –: Wir wollen eine gemeinsame Initiative starten – und wir wissen dabei auch die Unternehmerschaft an unserer Seite –, gerade auch für das Thema berufliche Orientierung für Schülerinnen und Schüler noch mal Praktikumsplätze anzubieten.

Wie ich eben schon ausführte, prognostizieren wir mit dem IAB eine positive Entwicklung in der Beschäftigung. 2021 hatten wir knapp 1 583 000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte, und wir rechnen im Jahr 2022 in Berlin mit 1 621 000 Beschäftigungsmöglichkeiten. – Soweit der Gesamtüberblick.

Vorsitzende Sandra Brunner: Frau Schröder! Fassen Sie sich bitte kurz?

Dr. Ramona Schröder (Regionaldirektion Berlin-Brandenburg; Vorsitzende der Geschäftsführung): Ja. – Zur Struktur: Wir haben zwei große Problemfelder: das eine ist die Zahl der Langzeitarbeitslosen, das andere ist die Zahl der jugendlichen gemeldeten Arbeitslosen. Die Jugendarbeitslosigkeit ist im Jahr 2021 sehr gut zurückgegangen. Der Trend bei der Langzeitarbeitslosigkeit geht weiter nach oben, aber bei der Anstiegsrelation haben wir eine fallende Tendenz. Das ist das Thema Nummer eins für die Stadt Berlin, und das bringt mich auch zu den Herausforderungen: Wir werden vor allen Dingen an dem Thema Langzeitarbeitslosigkeit

arbeiten, über den Punkt berufliche Weiterbildung. Das ist ein ganz großer Schwerpunkt. Wir werden das Thema Teilhabechanceninstrumente aus dem Bereich der §§ 16e und 16i SGB II über die Jobcenter zielgerichtet einsetzen, und wir haben uns auf die Fahne geschrieben, eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in der Grundsicherung am Arbeitsmarkt intensiv zu unterstützen. Das sind die großen Eckpfeiler, die wir uns zum Thema „Langzeitarbeitslosigkeit beseitigen“ auf die Agenda gesetzt haben, und wir werden uns hier auch klare Ziele setzen, wie uns das gelingt. – Dann haben wir einen zweiten großen Schwerpunkt, der lautet „Jugendarbeitslosigkeit senken“. Hier gehen wir natürlich weiter den Weg der betrieblichen Ausbildung. Wir werden hier insbesondere den Schülerinnen und Schülern, die wir in der Verwaltung „Altbewerber“ nennen, also Schülerinnen und Schüler, die nicht aus dem aktuellen Schulentlassjahrgang herausgegangen sind, auch noch einmal intensiv Unterstützung anbieten.

Last but not least: Unser Handlungsrahmen erstreckt sich nicht nur auf den aktuellen Rand, sondern wir verknüpfen das auch mit den Erfordernissen, die wir aus der demografischen Entwicklung und aus der Transformation ableiten; das heißt, wir werden unsere Bildungszielplanung sehr stark und immer weiter dahin orientieren: Wo wird Beschäftigung entstehen, sodass wir in die richtigen Bereiche hinein qualifizieren? – Wir haben auch eine erste praktische Initiative eingeleitet, dass wir auch mit dem Flughafenteam oder dem Team Automotive länderübergreifend die Integrationsaktivitäten ausgestalten. – Vielen Dank!

Vorsitzende Sandra Brunner: Vielen Dank, Frau Dr. Schröder! – Jetzt hat Herr Glawe vom DGB Berlin-Brandenburg das Wort. Ich bitte die Anzuhörenden, wirklich zu versuchen, sich auf die fünf Minuten zu beschränken, denn wir haben danach noch eine Ausspracherunde. – Danke schön!

Anhörung im Ausschuss Integration,
Arbeit und Soziales 

Entwicklung des Berliner Ausbildungs- und Arbeitsmarkts

Ausschussanhörung IAS, 03.03.2022

Heiko Glawe (DGB Bezirk Berlin-Brandenburg; Abteilungsleiter für Haushalts- und Finanzpolitik, Berufliche Bildungspolitik und Verkehrspolitik): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Frau Senatorin! Werte Abgeordnete! Ich werde versuchen, es kurz zu machen. Da Frau Dr. Schröder gerade die Arbeitsmarktsituation beschrieben hat, kann ich diesen Bereich auch etwas abkürzen. Ich habe eine Präsentation dabei; die wird wahrscheinlich im Nachhinein verschickt, nehme ich an. – Erst einmal vielen Dank vom DGB für die Einladung! – Zum Ausbildungsmarkt ist einiges schon gesagt worden. Im aktuellen Monatsbericht ist darauf hingewiesen worden, dass die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gestiegen ist, und zwar auch deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Trotz des positiven Trends ist aber auch zu beachten, dass Berlin nach wie vor in Bezug auf die saisonbereinigte Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vorkrisenniveau mit 18 Prozent an der Spitze liegt. Darüber haben Sie heute auch ausführlich diskutiert: Wir alle wissen momentan nicht, wie sich die pandemiebedingten Unsicherheiten noch auf den Arbeitsmarkt auswirken werden, aber vor allem, welche Folgen der russische Angriff auf die Ukraine hat. Die Agentur selber weist in ihrem Bundesbericht noch einmal explizit darauf hin, dass es angesichts Verflechtung, Energieversorgung, Fluchtmigration doch erhebliche Risiken gibt, die momentan nicht absehbar sind.

Arbeitsmarkt – Trends und Risiken



- Der Arbeitsmarkt in Berlin scheint den Aufwärtstrend der letzten Monate fortzusetzen. Die aktuellen Zahlen der Agentur für Arbeit im [Monatsbericht Februar](#) weisen eine im bundesweiten Vergleich deutliche Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung auf (3,8% gegenüber dem Bundesdurchschnitt von 1,8%).
- Trotz des positiven Trends liegt das saisonbereinigte Niveau der Arbeitslosigkeit in vielen Bundesländern noch über dem Vorkrisenniveau vom März 2020, am stärksten in Berlin (18%).
- Neben der fortgesetzten pandemiebedingten Unsicherheit (u.a. neue Virusvarianten) verweist die Agentur für Arbeit auf die noch nicht absehbaren Folgen des russischen Angriffs auf die Ukraine: „Er könnte sich vor allem auf Handelsverflechtungen, Energieversorgung, Fluchtmigration und über eine steigende Unsicherheit auswirken.“

Heiko Glawe, DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg

Der DGB bzw. die DGB-Vorsitzende, Frau Karger, hat gestern in ihrer Kommentierung der Arbeitsmarktzahlen für Berlin auch noch mal darauf hingewiesen, dass wir am 8. März den Internationalen Frauentag haben, und hat deswegen auch noch mal besonders auf die Situation von Frauen am Arbeitsmarkt hingewiesen und dezent daran erinnert – das ist eine bekannte Position des DGB –, dass wir beispielsweise Minijobs für kein geeignetes Instrument halten, um überhaupt in den Arbeitsmarkt zu integrieren und insbesondere eben auch nicht Frauen. Wer gute Fachkräfte sucht, muss Möglichkeiten für die Frauen schaffen, letztendlich auch reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen aufzunehmen. Das gilt, wie gesagt,

nicht nur für Frauen; wir haben es in dem Bereich in Berlin nicht ganz so sehr, aber insgesamt ist es der Fall.


Arbeitsmarkt – Fachkräfte



- „Arbeitsmarktzahlen im März lenken den Blick unweigerlich auf die Situation der Frauen in der Arbeitswelt – am 8. März ist Internationaler Frauentag. Auch im dritten Jahr der Pandemie bleibt die Sorge- und Erwerbsarbeit überwiegend an den Frauen hängen - gerade wenn sie Mütter sind. Wegen der Familienarbeit verdienen Frauen deutlich weniger und arbeiten kürzer, obwohl die meisten es anders wünschen. Das ist kein akzeptabler Zustand, und die geplante Ausweitung von Minijobs geht eindeutig in die falsche Richtung. (..) Wer gute Fachkräfte sucht, muss Möglichkeiten für die Frauen schaffen.“
(Katja Karger, Vorsitzende des DGB-Bezirks Berlin-Brandenburg)

Heiko Glawe, DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg

Arbeitsmarkt: Fachkräfte



- „Im Zuge der Krise fiel die Bedeutung der Fachkräfteverfügbarkeit kurzfristig hinter andere gravierende Risiken zurück. Allerdings ist davon heute nichts mehr zu spüren.“ (IHK-Berlin: [Konjunkturbericht 2022](#))
Mit 73% liegt der Fachkräftemangel inzwischen weit vor allen anderen von den befragten Unternehmen genannten Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung (2021: 51%).
- Trotz dieser Zuspitzung bleiben aus Sicht des DGB viele Potenziale ungenutzt, Fachkräfte zu halten und zu gewinnen:
 - Sozialversicherungspflichtige Jobs statt Minijobs
 - Attraktive Arbeitsbedingungen mit tariflicher Bezahlung
 - Mehr und bessere Ausbildung

Heiko Glawe, DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg

Stichwort Fachkräfte:

Im Zuge der Krise fiel die Bedeutung der Fachkräfteverfügbarkeit kurzfristig hinter andere gravierende Risiken zurück. Allerdings ist davon heute nichts mehr zu spüren,

schreibt die IHK in ihrem aktuellen Konjunkturbericht. Fast drei Viertel der Unternehmen in der aktuellen Umfrage der IHK – ich hoffe, ich nehme das jetzt Frau Trommsdorf und Herrn Nolte nicht weg – geben an, dass die Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung ihres Unternehmens mittlerweile besonders vom Fachkräftemangel geprägt sind; das waren 2021 gerade mal etwas über 50 Prozent. Aus Sicht des DGB bleiben trotz dieser Zuspitzungen viele Potenziale ungenutzt, Fachkräfte zu halten oder zu gewinnen; nur beispielhaft: sozialversicherungspflichtige Jobs statt Minijobs, attraktive Arbeitsbedingungen mit tariflicher Bezahlung und mehr und bessere Ausbildungen.

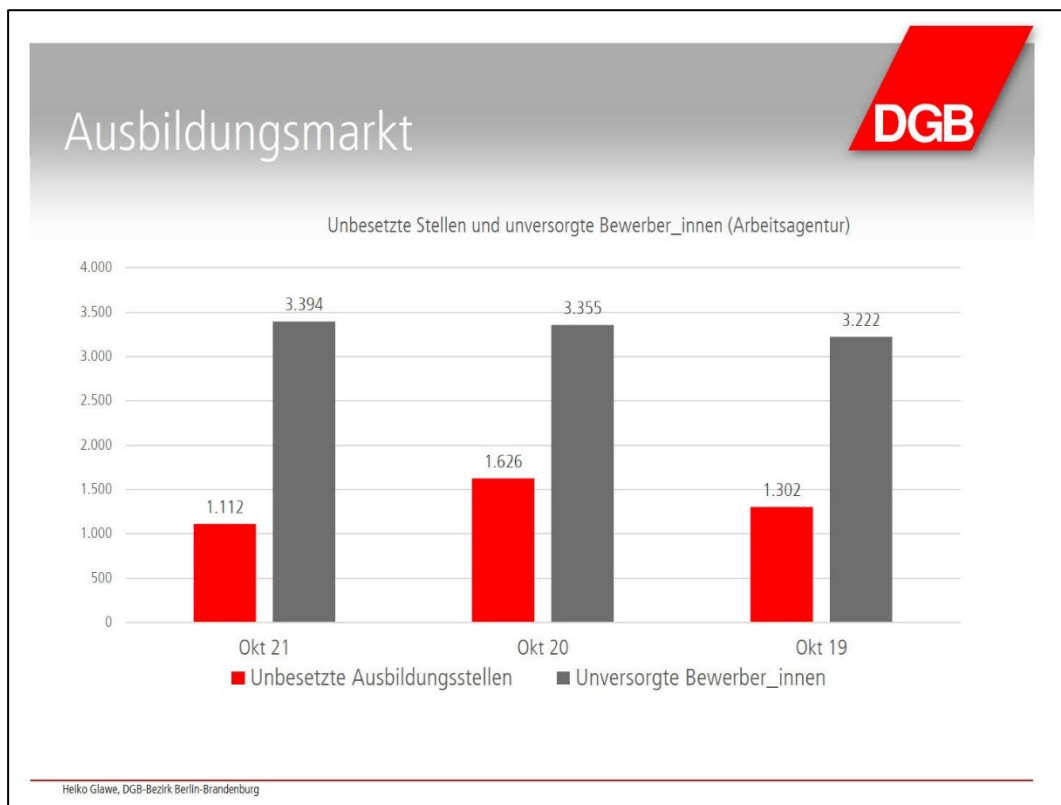
Ausbildungsmarkt



- Berlin hatte 2020 bundesweit den stärksten Rückgang bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen (-14,2%) gegenüber dem Vorjahr. 2021 gab es im IHK-Bereich zwar wieder einen Zuwachs (+5,2%), aber eine Trendwende ist nicht erkennbar.
- Nach Angaben des Bundesinstituts für Berufliche Bildung (BIBB) wurden 2021 in Berlin im Vergleich zu 2014 2.376 weniger neue Ausbildungsverträge abgeschlossen (-14,1%).
- 30% der Auszubildenden lösen ihre Ausbildungsverträge, ein großer Teil wechselt den Betrieb, aber ein Drittel der Auszubildenden beenden ihre Ausbildung ohne Abschluss.

Heiko Glawe, DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg

Ich möchte im zweiten Teil noch mal besonders auf den Ausbildungsmarkt eingehen. Der Auftrag war, dass wir heute über pandemiebedingte Folgen reden, aber wenn man sich die Ausbildungsmarktentwicklung anschaut, dann muss man sagen, dass die Zahl der tatsächlich abgeschlossenen Ausbildungsverträge seit 2014 um über 14 Prozent zurückgegangen ist. Nach Angaben des Bundesinstituts für berufliche Bildung waren es 2021 im Vergleich zu 2014 2 376 weniger. – Frau Dr. Schröder, Sie haben es eben erwähnt: Ja, wir sind teilweise in der Krise. Sie haben viel geleistet, das will ich auch gar nicht in Abrede stellen, aber letztendlich war Berlin 2020 das Land mit dem höchsten Rückgang der abgeschlossenen Ausbildungsverträge bundesweit. – Dazu kommt, dass 30 Prozent der Auszubildenden, zumindest nach Angabe meiner Kollegin – Entschuldigung! Ich habe am Anfang vergessen zu erwäh-



Ausbildungsmarkt - Krisenfolgen

DGB

- Der Ausbildungsjahrgang 2022 hat mehr als die Hälfte seiner Ausbildung unter Pandemiebedingungen absolviert. Es ist zu befürchten, dass mehr Auszubildende als bisher Probleme in den Prüfungen bekommen. Laut einer Corona-Ausbildungsstudie der DGB-Jugend (Bund)
 - waren fast alle Auszubildenden von Distanzunterricht betroffen, 60% waren zumindest zeitweilig im Homeoffice,
 - waren viele Befragte sehr unzufrieden mit der Qualität des Unterrichts,
 - war eine fortlaufende Betreuung durch eine:n Ausbilder:in für zwei Drittel der Befragten nicht gegeben, viele Ausbilder:innen waren (oder sind) in Kurzarbeit.
- Hinzu kommt, dass immer mehr Auszubildende Probleme haben, die Kosten für eine eigene Wohnung und Fahrten zu ihren Ausbildungsorten (Betrieb, Ausbildungszentren, Berufsschule) zu tragen.


Heiko Glawe, DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg

nen: Ich bin nicht Frau Hasenpusch, wie Sie sehen, die leider krankheitsbedingt mich gebeten hat, sie zu vertreten –, wir hatten noch mal darüber geredet, ihre Ausbildungsverträge lösen.

Ein großer Teil wechselt zwar nur den Betrieb, das heißt, macht dann trotzdem einen Ausbildungsabschluss, aber immerhin ein Drittel der Auszubildenden beendet seine Ausbildung ohne Abschluss. – Hier noch mal eine Übersicht, wie sich in der Pandemie die Relation zwischen unbesetzten Ausbildungsstellen und unversorgten Bewerberinnen und Bewerbern entwickelt hat.

Auch mit Blick auf die nähere Zukunft, unabhängig von der Krise im Zuge des Krieges, möchten wir noch mal ganz klar darauf hinweisen: Im Ausbildungsjahrgang 2020 hat mehr als die Hälfte der Auszubildenden ihre Ausbildung unter Pandemiebedingungen absolviert. Es ist durchaus zu befürchten, dass mehr Auszubildende als bisher Probleme in den Prüfungen bekommen. Laut einer Coronaausbildungsstudie der DGB-Jugend waren fast alle Auszubildenden von Distanzunterricht betroffen, 60 Prozent waren zumindest zeitweilig im Homeoffice. Viele Befragte waren sehr unzufrieden mit der Qualität des Unterrichts. Eine fortlaufende Betreuung durch Ausbilderinnen und Ausbilder war für zwei Drittel der Befragten nicht gegeben; viele Ausbilderinnen und Ausbilder waren in Kurzarbeit. Hinzu kommt, dass immer mehr Auszubildende Probleme haben, die Kosten für eine eigene Wohnung und Fahrten zu ihren Ausbildungsorten zu tragen.

Ausbildungsmarkt - Ausblick



- Corona hat die ohnehin seit Jahren prekäre Situation auf dem Berliner Ausbildungsmarkt verschärft.
- Der Rückgang betrieblicher Ausbildungsplätze hat jedoch lange Zeit vor der Pandemie eingesetzt und zwar auch zu einer Zeit, in der die Berliner Wirtschaft (überdurchschnittlich) stark gewachsen ist (2014-2019).
- Die zahlreichen „Ausbildungsoffensiven“ der letzten Jahre haben keine strukturelle Verbesserung gebracht.
- Der sich zuspitzende Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt wird unsolidarisches Verhalten verstärken, bspw. durch Abwerbung (gut) ausgebildeter Fachkräfte mit der Gefahr, dass noch weniger Betriebe ausbilden.

Heiko Glawe, DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg

Vorsitzende Sandra Brunner: Herr Glawe! Kommen Sie bitte langsam zum Schluss?

Heiko Glawe (DGB Bezirk Berlin-Brandenburg; Abteilungsleiter für Haushalts- und Finanzpolitik, Berufliche Bildungspolitik und Verkehrspolitik): Ich bin gleich fertig. – Das betrifft allerdings vielleicht vor allem Einpendlerinnen und -pendler aus Brandenburg. – Corona hat also die ohnehin seit Jahren prekäre Situation auf dem Berliner Arbeitsmarkt verschärft. Der Rückgang betrieblicher Ausbildungsplätze hat jedoch lange vor der Pandemie eingesetzt, und

zwar zu einer Zeit, in der die Berliner Wirtschaft überdurchschnittlich stark gewachsen ist. Die zahlreichen Ausbildungsoffensiven, die es in den letzten Jahren gegeben hat, haben aus unserer Sicht keine strukturelle Verbesserung gebracht. Deswegen sind wir der Meinung, dass wir uns auch neuen Instrumenten öffnen müssen – so neu sind die, die ich vorschlage, in dem Fall gar nicht –, denn wir haben eine zugespitzte Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, die auch dazu führt, dass beispielsweise Unternehmen, die nicht ausbilden, frische, gute Auszubildende von Unternehmen abwerben, die ausgebildet haben.

Ausbildungsmarkt



- Ausbildung ist unverzichtbar, sowohl für junge Menschen zum Einstieg in das Berufsleben als auch für Unternehmen, um Fachkräfte zu sichern.
- Die betriebliche Ausbildung im dualen System gehört nach wie vor im internationalen Vergleich zu den besten Modellen.
- Besonders für kleine und mittlere Unternehmen steigt jedoch das Risiko, die Kosten einer Ausbildung zu tragen, ohne davon zu profitieren.
- Die Alternative besteht in einer umlagefinanzierten Ausbildung. Sie ermöglicht, dass Betriebe einen Ausgleich für ihr Ausbildungsengagement erhalten und sichert die Finanzierung einer leistungsfähigen Bildungsinfrastruktur in Form von überbetrieblichen Bildungszentren (Verbund- und Auftragsausbildung), sowie die finanzielle Förderung der Qualifizierung von Ausbildungspersonal, um Ausbildungsfähigkeit der Betriebe zu erhöhen.
- Umlagefinanzierte Ausbildung gibt es im:
Bauhauptgewerbe,
Gerüstbau,
Garten- und Landschaftsbau,
bei den Steinmetz:innen, den Dachdecker:innen und bei den Schornsteinfeger:innen.

Heiko Glawe, DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg

Deswegen ist für uns wichtig: Ausbildung ist unverzichtbar, einerseits für die jungen Menschen, aber es geht auch um die Stabilität des dualen Systems, die betriebliche Ausbildung. Besonders für kleine und mittlere Unternehmen steigt das Risiko, die Kosten einer Ausbildung zu tragen, ohne davon zu profitieren. Für uns besteht eine Alternative in einer umlagefinanzierten Ausbildung, wie sie auch im Bauhauptgewerbe, im Gerüstbau, im Garten- und Landschaftsbau und auch anderen Branchen durchaus sehr erfolgreich existiert. Sie trägt dazu bei, dass es letztendlich zumindest innerhalb einer Branche einen solidarischen Ausgleich gibt zwischen den Unternehmen, die ausbilden, und denen, die nicht ausbilden, und es gibt natürlich gleichzeitig einen Anreiz auszubilden. – Damit möchte ich schließen und danke für die Aufmerksamkeit!

Vorsitzende Sandra Brunner: Vielen Dank, Herr Glawe für den DGB! – Jetzt ist uns per Webex Herr Nolte für die IHK zugeschaltet. – Herr Nolte, Sie haben das Wort!



Jörg Nolte (Industrie- und Handelskammer zu Berlin; Geschäftsführer für Wirtschaft und Politik) [zugeschaltet]: Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Sehr geehrte Frau Senatorin! Sehr geehrte Ausschussmitglieder! Liebe Gäste und Anzuhörende! Ich gebe Ihnen jetzt einen kurzen Einblick in das Thema der Fachkräftesituation, meine Kollegin Frau Trommsdorf dann zu den Ausbildungsthemen. Wie ist die aktuelle Lage am Arbeitsmarkt aus Sicht der Berliner Wirtschaft? – Wir haben jetzt zu Jahresbeginn eine sehr gedämpfte Stimmung. Die Hoffnung auf einen schnellen Restart nach der Pandemie hat sich leider nicht erfüllt. Die anhaltende Coronakrise, aber auch massive Preisanstiege, Lieferschwierigkeiten und nicht zuletzt Fachkräfteengpässe machen das erhoffte Mit-Schwung-aus-der-Krise-Szenario, das wir alle uns erhofft hatten, eher zu einem zähen Ringen um jedes zehntel Prozent Wachstum. Die Entwicklung am Arbeitsmarkt korrespondiert damit ein bisschen, die gerät auch ein bisschen ins Stocken. Während im Handel und im Baugewerbe die Betriebe wieder deutlich mehr Beschäftigung aufbauen wollen, nimmt nach unseren Befragungen die Zahl der Firmen mit steigenden Beschäftigungsplänen in der Industrie und im Dienstleistungssektor eher wieder ab. Die Top-drei-Branchen mit Fachkräftemangel sind bei uns derzeit die IT-Dienstleistungen, die Gesundheitswirtschaft und das Gastgewerbe. Hier ist der Fachkräftemangel besonders groß.

Wir sehen jetzt natürlich auch eine gewisse Aussicht auf Lockerungen mit einem Ende der coronabedingten geschäftlichen Einschränkungen, insbesondere bei Hotels, Gaststätten, Kultur- und Messwirtschaft, wo die Omikron-Variante zu einer äußerst angespannten Lage geführt hat. Die Unsicherheit über den weiteren Verlauf bedeutet aber dennoch schwierige Perspektiven für die Beschäftigung, zumal einige Betroffene langsam auch an die Grenze der maximalen Bezugsdauer für das Kurzarbeitergeld gekommen sind und viele Sektoren neben den Personalproblemen jetzt auch mit steigenden Kosten für Miete, Energie etc. zu kämpfen

haben, was einen Neustart zusätzlich erschwert. – Dass im Handel die 2G-plus-Regelung entfällt, ist schon mal ein wichtiger Schritt, um den stationären Handel zu beleben; da rechnen wir auch mit einem Anstieg der Nachfrage nach Arbeitsplätzen. Auf der anderen Seite gibt es aber auch eine Reihe an Branchen, die trotz Pandemie auf klarem Expansionskurs sind. Das sind besonders das verarbeitende Gewerbe, IT und Bau, wo es sehr gut läuft und wo es sicherlich weiter wachsende Schwierigkeiten geben wird, die zusätzlichen Stellen in Berlin, aber auch in Brandenburg zu besetzen.

Mit den Öffnungsperspektiven rechnen wir ab März auch mit einer steigenden Bereitschaft zu Neueinstellungen in den krisenbetroffenen Branchen. Insbesondere ist hier aber das Problem, dass wir aktuell einen erheblichen Mangel an unterstützenden Kräften bzw. Helferinnen und Helfern in Gastgewerbe, Veranstaltungs- und Kreativwirtschaft haben. Test- und Impfzentren beispielsweise haben viele Helferinnen und Helfer abgeworben; da muss man jetzt gucken, dass man die wieder zurück in die ursprünglichen Beschäftigungsverhältnis bringt. Bei der Veranstaltungsbranche sind die knappen Personalressourcen besonders vordringlich. Hier wäre es wichtig, die Minijobgrenze deutlich über die angekündigten 520 Euro, eher auf 750 bis 800 Euro, zu erhöhen und den Aufwand bei Minijobbern möglichst gering zu halten, was die digitale Zeiterfassung angeht.

Kurzum: Wir brauchen flankierend zum Neustartprogramm eine schnelle Ressourcenbündelung auch bei den Agenturen für Arbeit und den Jobcentern. Der Arbeitskräftemangel ist womöglich jetzt eines der größten Risiken für die krisenbetroffenen Branchen. Nur noch mal kurz auf den Weg zur Rückkehr zur Normalität: Was muss jetzt getan werden, um die Auswirkungen der Pandemie am Arbeitsmarkt zu überwinden und möglichst viele Menschen in Arbeit zu bringen? – Uns ist wichtig, dass wir bei den richtigen [unverständlich]-stellen, insbesondere auch bei den Agenturen und Jobcentern, gerade bei den Langzeitarbeitslosen versuchen, alle gängigen Mittel der Arbeitsmarktintegration von Erwerbslosen auf den Prüfstand zu stellen und zu schauen, wo wir noch vorhandene Potenziale zur Eindämmung des Arbeitskräftemangels nutzen können. Uns ist auch wichtig, dass wir uns noch mal die OECD-Studie anschauen, nach der jeder oder jede dritte Berliner oder Berlinerinnen für seinen oder ihren Job überqualifiziert scheint und deshalb hier offenbar die vorhandenen Potenziale noch nicht gut genug ausgenutzt werden, damit wir bei der Arbeitsvermittlung ein stärkeres Auge darauf werfen können.

Wichtig ist uns aber auch, dass wir uns jetzt um das Thema Fachkräfteeinwanderung kümmern. Wir begrüßen sehr, dass die Koalition die Weiterentwicklung des Landesamts für Einwanderung vorantreiben möchte. Das müsste sich dann aber auch im Haushaltsplan wiederfinden für das Personalbudget des LEA. In den letzten Wochen kam natürlich die Herausforderung hinzu: der furchtbare Krieg in der Ukraine und die ersten Geflüchteten, die jetzt in Berlin eintreffen. – Ich möchte hier noch mal ausdrücklich mit einem Dank an die Senatsverwaltung, an Frau Senatorin Kipping und alle nachgeordneten Behörden schließen, dass hier bislang wirklich schnelle Hilfe geleistet wird und dieser Pragmatismus vorherrscht. Dieser Geist ist ja auch hier im Ausschuss wahrnehmbar. Dafür ganz herzlichen Dank! Wir können vonseiten der Berliner Wirtschaft sagen: Wir unterstützen das nach Kräften und stehen gerne mit Rat und Tat zur Seite und versuchen, auch hier Hilfsangebote zu bündeln. – Das möchte ich zumindest noch erwähnt wissen und schließe an der Stelle kurz ab und gebe erst mal zurück zu Ihnen, Frau Vorsitzende!

Vorsitzende Sandra Brunner: Vielen Dank, Herr Nolte! – Ich bin mir sicher, dass wir auf das Angebot der IHK zurückkommen werden. – Jetzt hat Frau Trommsdorf das Wort für die Ausbildungssituation, auch für die IHK. – Bitte schön!

Sandra Trommsdorf (Industrie- und Handelskammer zu Berlin; Bereichsleiterin für Wirtschaft und Politik) [zugeschaltet]: Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! – Sehr geehrte Frau Senatorin! Sehr geehrte Ausschussmitglieder und Anzuhörende! Ich knüpfe ganz kurz an, bezugnehmend auch auf die Aktuelle Stunde, wenn wir über das Thema Ausbildung der in IHK Berlin sprechen, und möchte auch das Angebot machen, dass wir gerne Ihrem Krisenstab, Frau Senatorin, mit pragmatischen Angeboten, wenn es um die Integration Geflüchteter geht, zur Verfügung stehen. Wir selbst sind im Haus auch gerade dabei, erste Ideen und Projekte vorzudenken, insofern lassen Sie uns da gerne im Austausch bleiben.

Ich möchte Ihnen zum Ausbildungsmarkt in Berlin zwei Dinge darstellen: Das Erste ist, wie die aktuelle Lage auch im Rückblick auf die Bilanz 2021 aus unserer Sicht aussieht; und im zweiten Teil, was jetzt aus Sicht der Berliner Wirtschaft zu tun ist. Wenn wir zurückschauen auf die Ausbildungsbilanz 2021 in den IHK-Berufen zum 31. Dezember 2021, dann kann man sagen, dass wir die Talsohle im Vergleich zum Jahr 2020 durchschritten haben und eine Steigerung bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen in Höhe von 2,5 Prozent in den IHK-Berufen haben. In den kaufmännischen Berufen gab es im letzten Jahr ein Plus von 2,7 Prozent. In den gewerblich-technischen Berufen lag der Zuwachs bei 1,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr 2020. Aktuell auf das Jahr 2022 geschaut – Frau Dr. Schröder hatte es auch schon angedeutet –, sehen wir auch einen Aufwärtstrend bei den Neuverträgen in diesem Jahr. Ganz besonders deutlich wird das in den Bereichen Handel und Gastgewerbe, was sich für dieses Jahr andeutet. Inwieweit das Nachholeffekte oder vorgezogene Effekte sind, lässt sich jetzt noch schwer sagen, aber wir sind erst mal positiv in der Prognose, auf 2022 geschaut.

Also die Botschaft hier: Die Trendwende ist geschafft. Das Vorkrisenniveau von 2019 vor Corona haben wir allerdings noch nicht wieder erreicht, auch nicht in den IHK-Berufen. Die Gründe, warum das noch nicht der Fall ist, sind sehr vielfältig. Lassen Sie mich drei Punkte nennen: Die starken Rückgänge aus dem Jahr 2020, insbesondere in den krisenbetroffenen Branchen der Hotellerie, der Gastronomie, im Veranstaltungsbereich und Tourismus, konnten im letzten Jahr noch nicht wieder voll ausgeglichen werden. – Der zweite Punkt: Wir haben Branchen mit einem sehr hohen Fachkräftebedarf. Die von Herrn Glawe angesprochene Konjunkturumfrage hat noch mal deutlich gemacht, dass Fachkräftengpässe das größte Wachstumshemmnis hier in Berlin sind. Das heißt, wir haben Branchen wie zum Beispiel die Industrie, die im Ausbildungsberuf Industriemechaniker im letzten Jahr weniger Jugendliche finden konnte als vor Corona. Frau Dr. Schröder benannte es: Berufsorientierung in den Schulen. Auch die Jugendberufsagentur war nicht immer in Präsenz vor Ort, Messen konnten nicht stattfinden und auch Praktika, sodass hier insbesondere in den nicht so krisenbetroffenen Branchen das Problem war, dass die Kontaktpunkte und die Kontakte zu Jugendlichen nicht in der Form stattfinden konnten, wie das vor Corona war. – Dritter Punkt: In der Dienstleistungsbranche haben wir in den IHK-Berufen im letzten Jahr rund 350 Verträge weniger abgeschlossen als 2019. Auch hier hat das eher mit der Dienstleistungsbranche in Berlin zu tun, eine der prägenden Branchen hier am Standort, die, das zeigt auch unsere Konjunkturumfrage, nachgelassen hat. Somit ist diese Branche insgesamt auch mit dem Angebot an Ausbildungsplätzen zurückhaltender gewesen.

Nichtsdestotrotz haben wir auch letztes Jahr trotz Krise Zuwächse und Vertragszuwächse gehabt. Ich gebe ein paar Beispiele: Wir haben einen sehr starken Zuwachs beim Beruf Kaufmann bzw. Kauffrau im E-Commerce gehabt oder auch beim Industrieelektriker bzw. der Industrieelektrikerin. Hier hat sich die coronabedingte stärkere Nachfrage im Onlinehandel sichtbar gemacht und zu einer verstärkten Nachfrage nach Kaufleuten im E-Commerce geführt. – Einige Betriebe – das stelle ich vielleicht noch kurz hervor – sind im letzten Jahr ein Stück weit umgeschwenkt und haben neben einer dreijährigen Ausbildung zum Beispiel die zweijährige Ausbildung als Industrieelektriker angestrebt, um insbesondere auch schwächere Kandidatinnen und Kandidaten anzusprechen und hier eine Chance auf Ausbildung zu geben. Das ist das, was wir mit Blick in die Zahlen eben auch wahrnehmen.

Vorsitzende Sandra Brunner: Frau Trommsdorf! Kommen Sie bitte zum Schluss?

Sandra Trommsdorf (Industrie- und Handelskammer zu Berlin; Bereichsleiterin für Wirtschaft und Politik) [zugeschaltet]: Mache ich sehr gerne. – Was uns nun wichtig ist, ist für dieses Jahr insbesondere, mit branchenspezifischen Maßnahmen zu schauen, um die Ausbildungsplätze noch besser zu besetzen, die Einstiegshürden für Ausbildungsbetriebe zu senken. Vorschläge wären beispielsweise, Branchen mit großen Besetzungsschwierigkeiten in den Agenturen für Arbeit zeitlich befristet in den Fokus der Vermittlungsarbeit zu rücken und die angekündigte Senkung von Einstiegshürden für neue Ausbildungsbetriebe im Koalitionsvertrag zum Beispiel durch eine befristete Förderung von Lehrgängen zur AEVO oder auch einer befristeten Einsetzung von externen Ausbilderinnen und Ausbildern für kleine und mittlere Unternehmen, Stichwort: externes Ausbildungsmanagement, zu unterstützen.

Mein letzter Punkt: Die Ausbildungsumlage – das wundert Sie sicherlich nicht – lehnt die Berliner Wirtschaft ab, und zwar insbesondere deshalb, weil sie das Ziel, das Sie in der Politik und wir teilen, nämlich mehr Betriebe von der Ausbildung zu begeistern und auch mehr Jugendliche zu gewinnen, nicht erreichen wird. Da sind wir der Meinung, es braucht andere Lösungen und eine Ausbildungsoffensive, gerne auch konzertiert hier im Land Berlin; das wäre unser Angebot, das gemeinsam zu verfolgen. Lassen Sie uns hier konkrete Aktivitäten entwickeln, die sowohl die betriebliche Seite als auch die Jugendlichen unterstützen. Das hilft am Ende mehr, als über neue Finanzierungsmodelle in der Ausbildung zu debattieren, wenngleich eine Umlage, die die Sozialpartner miteinander verabreden, sicherlich der richtige Weg ist. – Herzlichen Dank!

Vorsitzende Sandra Brunner: Danke, Frau Trommsdorf! – Bevor wir in die Aussprache kommen – ich habe jetzt sechs Wortmeldungen auf der Redeliste –, sollten vor allen Dingen die arbeitsmarktpolitischen Sprecher noch mal in sich gehen, ob wir danach den TOP 5 „Umsetzung der Tariftreueklausel im Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz (BerlAVG)“ noch schaffen. Ich gehe bislang nicht davon aus; wir müssten hier um 12.20 Uhr aus dem Saal raus sein. Ich habe folgende Personen auf der Redeliste: Herrn Prof. Dr. Pätzold, Frau Dr. Jasper-Winter, Frau Auricht, Herrn Düsterhöft, Herrn Valgolio und Herrn Wapler. Ich würde jetzt die Redeliste schließen und nach den Wortbeiträgen der Abgeordneten dann jeweils an die Anzuhörenden bzw. Frau Senatorin Kipping geben. Noch einmal die Bitte: Halten Sie sich kurz. Sie merken, wir sind heute etwas im Zeitverzug, deshalb bitte ich darum, dass die Wortbeiträge zwei bis drei Minuten nicht überschreiten. – Herr Prof. Dr. Pätzold, bitte!

Dr. Martin Pätzold (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Wir haben viele interessante Fakten und Einschätzungen gehört. Ich will gerne zwei konkrete Nachfragen an Frau Dr. Schröder und anschließend an Herrn Nolte stellen. – Frau Dr. Schröder! Erst einmal herzlichen Dank für die großartigen Leistungen in Zeiten der Pandemie durch die Agentur für Arbeit. Kurzarbeitergeld – Sie haben es beschrieben – und weitere Initiativen, die den Arbeitsmarkt sehr stabilisiert haben, haben einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, dass wir eine gewisse soziale Absicherung darstellen konnten. Jetzt erleben wir – und Sie haben es auch beschrieben –, dass im Bereich junger Menschen natürlich die Jugendberufsagentur, auch durch die Initiativen auf Bundesebene, viel abgefedert hat und dazu beiträgt, junge Menschen frühzeitig darauf vorzubereiten, wie es dann ist im Übergang von Schule zu Beruf und Ausbildung. Dazu würde mich interessieren: Welche Vorstellungen haben Sie, um dieses Angebot auszubauen, weil Stand heute ja nicht jeder junge Mensch an einer Berliner Schule durch dieses Angebot erreicht wird? – Zweitens: Sie haben schon über viele Jahre und Jahrzehnte Ihre Arbeitsmarktprogramme immer wieder evaluiert und weiterentwickelt. Mich würde interessieren, welche Anpassungen Sie dabei für Berlin für das Jahr 2022 sehen.

Der zweite Fragenkomplex, Herr Nolte, geht an Sie. Sie haben es beschrieben: Der Fachkräftemangel nimmt natürlich stetig zu. Wir erleben hier durch die kurzfristige Zuwanderung, dass wir in einigen Bereichen sicherlich profitieren können, bei all dem menschlichen Leid, das damit verbunden ist. Auf der anderen Seite erleben wir aber natürlich auch, dass Fachkräftezuwanderung strukturell durch Rahmenbedingungen organisiert werden muss. Was würden Sie sich dafür vom Land Berlin wünschen?

Vorsitzende Sandra Brunner: Vielen Dank, Herr Prof. Dr. Pätzold! – Frau Dr. Jasper-Winter, bitte!

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP): Ich fasse mich kurz, indem ich zwei Aspekte anspreche und meine Fragen dazu an alle Anzuhörenden richte. Erster Bereich: Ausbildung und Jugendarbeitslosigkeit. Ein großes Thema ist die Berufsorientierung, das Matching, sodass die jungen Leute zu einem Ausbildungsplatz finden bzw. auch dabeibleiben. – Herr Glawe, Sie sprachen die Lösungsquote von 30 Prozent an. Das ist in Berlin eine der höchsten Lösungsquoten im Bundesgebiet. Eine Ursache ist auch, dass die Jugendlichen vor Aufnahme der Ausbildung nicht genug orientiert waren, was auf sie zukommt. Was würden Sie sich denn wünschen im Bereich Berufsorientierung, und was können Sie auch selber dazu beitragen, dass diese gestärkt wird? – Praktikumsplätze – Frau Dr. Schröder, Sie haben es angesprochen – ist eine Initiative, aber inwieweit müsste noch weiter darüber hinaus die Berufsorientierung auch über die Jugendberufsagenturen gestärkt werden? Das wäre mein erster Punkt.

Der zweite Punkt zur Arbeitsmarktsituation: Insbesondere Frauen sind auch durch die Pandemie betroffen; einige der Anzuhörenden sprachen diesen Aspekt insbesondere an. Welche Maßnahmen wären denn aus Ihrer Sicht sinnvoll? Welche können Sie uns mit auf den Weg geben, um Frauen auf dem Arbeitsmarkt zu stärken? Wir hatten eine sehr gute Anhörung im Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung zum Thema „Auswirkungen der Coronapandemie auf Frauen“, und da war der Hauptpunkt, dass insbesondere Frauen negativ von der Pandemie betroffen sind, die selbstständig sind. Können Sie uns zu dem Aspekt noch etwas mit auf den Weg geben, was da aus Ihrer Sicht sinnvoll wäre?

Vorsitzende Sandra Brunner: Vielen Dank, Frau Jasper-Winter! – Jetzt hat Frau Auricht das Wort.

Jeannette Auricht (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich kann es ganz kurz machen, weil Frau Dr. Jasper-Winter mir zur beruflichen Orientierung schon vorgegriffen hat. Das wäre auch meine Frage gewesen: Wie können wir diese nicht vorhandenen Matches ausgleichen? Wir haben ja viele Branchen, die nicht genug Bewerber finden, und viele Branchen, die mehr Bewerber für Ausbildungsplätze haben als sie abdecken können. Wie können wir diese Defizite besser ausgleichen? Wie können wir die Jugendlichen noch besser auf die Ausbildungsplatzsuche vorbereiten?

Dann habe ich noch eine ganz andere Frage, die eher den Arbeitsmarkt bzw. auch die Unternehmen in Berlin betrifft, und zwar: Durch die schrecklichen Umstände, die wir in Berlin jetzt leider haben, haben wir auch viele Unternehmen, die von Sanktionen betroffen sind, die mit Russland oder auch der Ukraine eng verbunden sind. Ist dafür auch eine gewisse Hilfe vorgesehen, wie es zum Beispiel die IHK in München vorgesehen hat, so eine Art Taskforce für betroffene Unternehmen? – Vielen Dank!

Vorsitzende Sandra Brunner: Dann hat jetzt Herr Düsterhöft das Wort.

Lars Düsterhöft (SPD): Auch ich kann es kurz machen. Ich möchte den Anzuhörenden für die Ausführungen danken. Ich habe keine Fragen, möchte aber zu Protokoll geben, dass es ein sehr guter Aufschlag für die nächsten Jahre war. Wir haben klar umgrenzt bekommen, wo die Problemfelder sind und wo sie in der Vergangenheit waren. Ich nehme auf jeden Fall mit, dass wir uns in den nächsten Monaten sehr intensiv um die Stabilität des Arbeitsmarkts kümmern müssen, nicht nur in Bezug auf Fachkräftemangel und Fachkräftezuwanderung – das sind Themen, die auf Bundesebene jetzt dringend vorankommen müssen –, sondern auch, dass wir zuschauen müssen, dass unsere Berliner Wirtschaft unter der neuen, zu erwartenden Wirtschaftskrise nicht zu sehr leidet.

Und natürlich der Ausbildungsmarkt: Dazu gibt es im Koalitionsvertrag zwei große Punkte, einmal die Ausbildungsplatzgarantie und einmal die branchenspezifischen Ausbildungsplatzumlagen, bei denen wir zusehen müssen, dass wir hier in den nächsten Monaten trotz der aktuellen Situation Stück für Stück vorankommen und das Thema nicht zu sehr nach hinten schieben, denn unser aller Anspruch ist es auch, hier endlich tatsächlich voranzukommen. – Danke!

Vorsitzende Sandra Brunner: Danke, Herr Düsterhöft! – Jetzt hat Herr Valgolio das Wort.

Damiano Valgolio (LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich möchte mich angesichts der Zeit auch auf den Ausbildungsmarkt beschränken; da scheint die Situation am dramatischsten zu sein. – Frau Dr. Schröder, wenn ich das richtig mitgeschrieben habe, gibt es aktuell 13 200 Bewerberinnen und Bewerber, aber nur 11 000 betriebliche Ausbildungsplätze, die angeboten werden, das heißt, wir haben einen Mangel an betrieblichen Ausbildungsplätzen. – Das scheint mir auch das Hauptproblem auf dem Ausbildungsmarkt zu sein, denn wenn es keine betrieblichen Ausbildungsplätze gibt, muss man sich kaum über Mismatching oder bessere Vermittlungsbemühungen streiten. Das mag alles richtig sein, aber man braucht immer auch betriebliche Ausbildungsplätze, auf die die jungen Menschen vermittelt werden können.

Dieser Mangel an betrieblichen Ausbildungsplätzen ist insbesondere deswegen erstaunlich, weil beispielsweise Herr Nolte von der IHK ja darauf hingewiesen hat, dass wir vor einem enormen Fachkräftemangel stehen; dass das berechtigterweise die größte Sorge der Unternehmen in Berlin ist, dass nicht ausreichend Fachkräfte ausgebildet werden. Und da ist es doch erstaunlich, dass andererseits so wenige betriebliche Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen. – Deswegen meine Frage an Sie, Frau Dr. Schröder, und auch an die anderen Expertinnen und Experten: Kann man das irgendwie spezifizieren auf die jeweiligen Branchen? Gibt es Zahlen, in welchen Branchen dieses Missverhältnis besonders dramatisch ist?

Zweite Frage, auch an alle Expertinnen und Experten: Welche Gründe hat es, dass die Unternehmen so wenige betriebliche Ausbildungsplätze schaffen, obwohl der Fachkräftemangel so drängend ist? Und eine kleine Anschlussfrage, wenn es erlaubt ist: Welche Mittel stehen uns dagegen zur Verfügung? – Danke!

Vorsitzende Sandra Brunner: Vielen Dank, Herr Valgolio! – Jetzt Herr Wapler, bitte!

Christoph Wapler (GRÜNE): Gut, dann schließe ich in der Kürze der Zeit auch noch kurz daran an. – Zum Ausbildungsmarkt: Die Zahlen haben mich gerade auch beeindruckt, dass hier offenbar auch schon vor der Krise – also schon in den 2010er Jahren, die ja gute wirtschaftliche Jahre für Berlin gewesen sind – die Zahl der Berufsausbildungsverhältnisse jahrelang im Sinkflug gewesen ist, teilweise über den Trend der neuen Länder und Deutschlands insgesamt hinaus und teilweise sogar gegen den Trend. Fragen hätte ich auch noch eine Menge, natürlich auch die branchenspezifische: Wie sieht es in den einzelnen Branchen mit der Ausbildungssituation aus? – Diversität auf dem Ausbildungsmarkt wäre mir auch ein wichtiges Thema: Haben alle den gleichen Zugang zu Ausbildungsplätzen? Haben Frauen, Menschen mit Behinderung, Menschen mit Migrationsgeschichte nach Ihren Erkenntnissen Schwierigkeiten, Ausbildungsplätze zu finden? Wie viele Jugendliche befinden sich in den berufsvorbereitenden Maßnahmen? Welche Möglichkeiten für Ausbildung in Teilzeit gibt es, zum Beispiel für Alleinerziehende? – Das ist ein ganzer Katalog; ich glaube, wir werden dafür bestimmt noch weitere Sitzungen brauchen.

Die Ausbildungsbilanz finde ich aber einigermaßen niederschmetternd. Dabei geht es auch nicht darum, alleine an das Vorkrisenniveau anzuschließen. Das reicht nicht; der Status quo war schlecht. Deshalb müssen wir die Bemühungen steigern. Die Bemühungen der Arbeitsagenturen gibt es, die vom Land Berlin gibt es, Stichwort: Ausbildungshotel etc. Tatsächlich, glaube ich, müssen wir auch noch mal an das Ausbildungsengagement einiger Unternehmen ran, und das gehört dann auch zur Bekämpfung des absehbaren Fachkräftemangels dazu. Was uns an Fachkräften fehlen wird im Pflegebereich, im Care-Sektor, bei der sozialökologischen Transformation – also für die Energiewende –, ist jetzt schon absehbar und wird auch von der IHK so gesehen. Deshalb: Eine Umlage, die allen Unternehmen zugutekommt – denn von der dualen Ausbildung profitieren alle Unternehmen, ob sie ausbilden oder nicht –, müsste eigentlich im Rahmen der Berliner Wirtschaft gerecht und auch im Interesse der Unternehmen sein. Darüber werden wir sicherlich weiter diskutieren. Wer die jedenfalls in Bausch und Bogen ablehnt, muss sagen, was er sonst für die Verbesserung der Ausbildung machen will. Ansonsten: Ja – sage ich auch an die IHK gewandt –, gemeinsame Anstrengungen aller Akteure – wenn man das eine tut, muss man das andere nicht lassen – halte ich nach wie vor für wichtig, und dazu sind wir dann sicherlich auch bereit, weil ich glaube, uns alle eint, dass wir die Situation wesentlich verbessern müssen.

Vorsitzende Sandra Brunner: Vielen Dank, Herr Wapler! – Ich würde jetzt die vorhin vorgeschlagene Anhörungsreihenfolge wieder aufgreifen, also erst Frau Dr. Schröder, dann Herr Glawe, Herr Nolte und Frau Trommsdorf, und – abschließend gab es ja auch noch Fragen an die Senatsverwaltung – dann Frau Senatorin Kipping. – Bitte schön, Frau Dr. Schröder!

Dr. Ramona Schröder (Regionaldirektion Berlin-Brandenburg; Vorsitzende der Geschäftsführung): In der gebotenen Kürze – die Vielfalt der Fragen: Ich versuche mal, das Thema Jugendberufsagentur und betriebliche Ausbildung zusammenzubringen. – Herr Pätzold! Wir planen und haben 2021 schon begonnen, insbesondere Jugendliche aus dem Fallmanagement, die in den Jobcentern, also in der Grundsicherung betreut werden, die bisher nicht in der Jugendberufsagentur mit beraten wurden, sukzessive in die Begleitung, Betreuung und das Netzwerk der Jugendberufsagentur reinzuholen, und hier greift dann mit Sicherheit insbesondere eine engere Verknüpfung mit der Jugendhilfe. Das ist das A und O, und damit eröffnen wir diesen Jugendlichen, die besonders benachteiligt sind, auch noch mal einen anderen Zugang zu dem Thema Beratung, Orientierung und Vermittlung. Das ist ein wesentlicher Punkt. – Wir werden natürlich im laufenden Jahr die Möglichkeit haben, in den einzelnen Phasen des Berufsausbildungsjahres wieder regelmäßig auch Schulen zu besuchen; das ist 2020 und 2021 regelmäßig unterbrochen worden. Das noch mal prägnant zum Thema Jugendberufsagentur.

Ja, es ist so, dass wir schon seit 2014 – so wie es Herr Glawe ausgeführt hat – einen Gap an betrieblichen Ausbildungsstellen haben. Ich denke, das ist jetzt auch noch mal pandemisch bedingt, auch gerade in Berlin. Wenn man sich das als Tortenstück vorstellt, ist natürlich die gesamte Veranstaltungs-, Gastronomie- und Hotelbranche ein besonders starkes, großes Tortenstück im Bereich der betrieblichen Ausbildung, und wenn dieses wegbriecht, ist es noch mal relativ erschwerend für das Angebot an betrieblichen Ausbildungsstellen. Hier braucht es natürlich auch eine Zukunftsperspektive. Wie geht es weiter? – Das ist sozusagen ein Branchenblick auf das Thema betriebliche Ausbildung in Berlin. Wir versuchen – und das haben wir im letzten Jahr im Rahmen der Allianz für Ausbildung auch mit beiden Kammern und den Unternehmensverbänden gemacht –, in die Beratung reinzugehen und auf die Branchen zu orientieren, die gut ausbilden. Wir brauchen wirklich unbedingt Praktikumsplätze, damit Jugendliche eine haptische Vorstellung von dem bekommen, wie die Arbeitswelt aussieht. Das fehlt uns beim Thema berufliche Orientierung, das muss man sagen. Eine Besonderheit, die wir häufig nicht differenziert genug betrachten, ist, dass Berlin eine Stadt ist, die neben der betrieblichen Ausbildung sehr viel schulische Ausbildung anbietet. Wir haben – und das wird auch ein Zukunftsthema sein – sehr viele Ausbildungsgänge in den Bereichen Verwaltung, Polizei, Gesundheit, Erziehung. Das sind alles schulische Ausbildungsgänge, die sehr stark nachgefragt werden. Das ist ein Bereich, der sich auch weiter entwickeln wird im Anteil dessen, wo Jugendliche reingehen können, und das sind dann auch Versuche von Alternativberatungen, wie wir an das Thema herangehen.

Zu den Frauen kann ich Ihnen berichten, dass wir im Bereich der Arbeitslosenversicherung, also in den Arbeitsagenturen, überhaupt kein Thema haben, dass Frauen benachteiligt sind. Sie sind gleich beteiligt an der Qualifizierung, an der Integration. Wir haben das Thema hier vor allen Dingen bei Frauen, die in der Grundsicherung sind, und da sind dann natürlich auch Selbstständige drin, die durch die Pandemie eventuell Grundsicherungsleistungen beantragt haben. – Frau Dr. Jasper-Winter, insofern mag das ein Spezifikum sein, das Sie jetzt auch erlebt haben. – Hier kommt es für uns jetzt wirklich darauf an, diese Frauen viel bewusster anzusprechen zum Thema Qualifizierung, zum Thema Integrationsmöglichkeiten, damit wir

nicht in die Vergangenheit zurückfallen: Frauen sind für die Erziehung zuständig, Männer sorgen für das Einkommen. Insofern ist das für uns ein ganz wesentlicher Part, den wir jetzt auch leisten.

Noch ein kurzer Ausblick zum Arbeitsmarktprogramm: Herr Pätzold, wir setzen ganz stark auf Qualifizierung, Qualifizierung, Qualifizierung von Arbeitslosen. – Zweiter Punkt: Wir müssen rein in die Qualifizierung von Beschäftigten in Unternehmen – das ist ein echtes Manko –, um Transformation gut zu begleiten. – Drittens: Wir werden intensiv Erwerbsmigration aus Drittstaaten an der Stelle reinholen, an der wir im Vorfeld über die Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen – das ist ein Potenzial, das wir haben; die sind nicht alle längstzeitarbeitslos, das darf ich hier dazu auch sagen – nicht die Möglichkeiten schaffen können, die Unternehmen brauchen. Das ganze Thema Erwerbsmigration setzt aber voraus, dass Unternehmen dann auch bereit sind, diese Menschen einzustellen. Das ist weniger ein Problem in Berlin, das ist eher ein Thema in Brandenburg.

Zur betrieblichen Ausbildung noch ein letzter Punkt: Vieles hat mit der Attraktivität der Branche zu tun. Die Unternehmen haben Arbeitsbedingungen, von der Arbeitszeit über die Flexibilität und die Work-Life-Balance im Unternehmen bis aber eben auch zur Vergütung, und das ist das Thema Nummer eins. Wenn ich attraktive Angebote habe, denn werden sich junge Menschen und auch Arbeitslose diesen attraktiven Angeboten zuwenden, und wenn ich die nicht habe, werden sich die Menschen dem auch nicht zuwenden. – Vielen Dank!

Vorsitzende Sandra Brunner: Vielen Dank, Frau Dr. Schröder für die RDBB! – Und nun Herr Glawe für den DGB, bitte!

Heiko Glawe (DGB Bezirk Berlin-Brandenburg; Abteilungsleiter für Haushalts- und Finanzpolitik, Berufliche Bildungspolitik und Verkehrspolitik): Die Ausführungen von Frau Dr. Schröder wurden begleitet bzw. vorweggenommen von einem Bericht des RBB, der gestern bei „rbb24“ zu lesen war, mit der schönen Überschrift: „Mit dem knappen Geld und den Arbeitszeiten kann man als Köchin keine Familie haben“. – Ein ausführlicher Bericht über eine Köchin, die mittlerweile im öffentlichen Dienst arbeitet und genau diese Aussage gemacht hat. Ich behaupte mal, diese Aussage trägt nicht unbedingt dazu bei, die Begeisterung für diese Branche zu steigern. Deswegen kann ich mich da nur anschließen.

Wenn ich es richtig verstanden habe, ging die Frage zur Berufsorientierung: Was kann man tun? – auch an mich. – Angesichts der Zeit würde da jetzt nicht stärker einsteigen, aber ich glaube, wir sind uns völlig einig, dass die Jugendberufsagenturen gestärkt werden müssen. Die Wege der Berufsorientierung, die es gibt – das war in den letzten Jahren sehr schwierig, insofern würde ich dazu schon auch sagen: Da ist in der Vergangenheit einiges angeschoben worden, und das muss jetzt gegebenenfalls noch ausgebaut werden, oder auch nicht.

Ich möchte aber in dem Zusammenhang auch darauf hinweisen – das schließt ein bisschen an die Frage von Herrn Valgolio an –, welche Gründe für Nichtausbildung es gibt. Ich will jetzt nicht in die unfruchtbare Debatte zwischen DGB und Kammern einsteigen: Sind Jugendliche ausbildungsfähig oder nicht? – Ich möchte aber an dieser Stelle darauf hinweisen, ich habe es vorhin gesagt: Wir haben 2022 Auszubildende, die den größten Teil ihrer Ausbildung in der Pandemie verbracht haben. Wir haben aber auch Schülerinnen und Schüler, die die letzten zwei Jahren in der Pandemie verbracht haben. Ich kenne die Berliner Zahlen nicht, aber bun-

desweit hat sich nach meiner Kenntnis die Zahl der Schulabbrecher und -abbrecherinnen verdoppelt. Insofern: Egal, welche Erwartungen man hat, ist letztendlich zu erwarten, dass die Kenntnisse der Jugendlichen, mit denen sie jetzt von der Schule abgegangen sind, nicht besser sind als vor zwei Jahren. Das verstehe ich durchaus, dass es für die Unternehmen in gewisser Weise auch eine Belastung ist, sowohl eine finanzielle als auch eine arbeitsorganisatorische. Gute Ausbildung kostet, das bestreitet niemand. Deswegen ist es aber umso wichtiger, dass es nicht so sein kann, dass Betriebe ausbilden und danach dann andere kommen, die nicht ausgebildet haben, und sagen: Wir schöpfen jetzt quasi die Sahne ab und zahlen ein bisschen mehr –, sondern dass wir eine solidarische Finanzierung, ein solidarisches Ausbildungssystem haben. – Ich verstehe es wirklich nicht, Frau Trommsdorf und Herr Nolte, Sie haben gesagt: Ausbildungsumlage kommt für Sie nicht infrage, schafft keine Ausbildungsplätze. – Wir haben doch Branchen, in denen es funktioniert, und mir ist nicht bekannt, dass es in diesen Branchen Widerstand dagegen gibt. Im Gegenteil: Die wollen daran festhalten.

Vorsitzende Sandra Brunner: Herr Glawe! Kommen Sie bitte zum Schluss?

Heiko Glawe (DGB Bezirk Berlin-Brandenburg; Abteilungsleiter für Haushalts- und Finanzpolitik, Berufliche Bildungspolitik und Verkehrspolitik): Gut! – Ich finde das ein gutes Schlusswort. – Danke!

Vorsitzende Sandra Brunner: Genau, danke schön! – Herr Nolte noch kurz, bitte!

Jörg Nolte (Industrie- und Handelskammer zu Berlin; Geschäftsführer für Wirtschaft und Politik) [zugeschaltet]: Zum Thema Ausbildung kann meine Kollegin sicherlich gleich noch ein bisschen mehr sagen. Nur vorweg die dringende Empfehlung: Sprechen Sie bitte mal direkt mit den Ausbildungsbetrieben, auch vor allen Dingen mit denen, die wirklich viel ausbilden. Die sind alle gegen eine Umlage, obwohl sie viel ausbilden. Das sind zumindest die Erhebungen, die wir haben. Frau Trommsdorf kann darauf vielleicht gleich noch ein bisschen genauer eingehen.

Ich komme noch mal kurz auf die Fachkräftethemen zu sprechen, die hier angesprochen wurden, unter anderem von Herrn Dr. Pätzold. Das eine ging in die Richtung: Was kann der Senat strukturell, organisatorisch usw. tun? – Beim Thema Langzeitarbeitslosigkeit ist für uns wichtig, dass wir die Zeit der Arbeitslosigkeit für Fortbildung nutzen, gerade in digitalen Kompetenzen, und dass die begleitende Sozialarbeit zur Integration in den ersten Arbeitsmarkt möglichst unternehmensnah erfolgt, damit die Zuverlässigkeit und auch die Belastbarkeit der Zielgruppe gestärkt wird, um die Langzeitarbeitslosen einzustellen. Das Land Berlin hat dafür im Haushaltsentwurf für 2022 14 Millionen Euro für Jobcoaching eingeplant. Das ist schon mal gut, aber nur dann sinnvoll investiert, wenn es auch wirklich eine Aussicht auf Vermittlung in Arbeit gibt, also wenn die tatsächlich besteht.

Zweites Thema: Onboarding ausländischer Fachkräfte; ich hatte ja vorhin die Weiterentwicklung des Landesamts für Einwanderung erwähnt. Wie gesagt, das begrüßen wir grundsätzlich, aber Ziel muss hier sein, die Dauer des Onboardings ausländischer Fachkräfte zu verkürzen. Selbst im sogenannten beschleunigten Verfahren sind die aktuell sechs bis acht Wochen zu lang über den geplanten zwei Wochen. Hier ist es ganz wichtig, dass wir im LEA die Personalaufstockung, digitale Prozesse und die damit einhergehende Beschleunigung des Verfahrens bewerkstelligen, und die Unternehmen, die jetzt verstärkt auf die Anwerbung ausländischer

scher Fachkräfte setzen werden, brauchen deshalb mehr Kapazitäten beim Landesamt für Einwanderung.

Das dritte Thema, das uns wichtig ist, ist die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg. Wir haben richtigerweise im Koalitionsvertrag die Fachkräftestudie Berlin-Brandenburg angekündigt, die in einer Strategie münden soll. Damit müssen wir wirklich schnell ins Doing kommen und nicht erst 2024 Ergebnisse auf den Tisch legen und darüber mal sprechen. Uns ist wichtig, dass wir eine Strategie haben, die eine metropolübergreifende Zusammenarbeit entwickelt und die Hürden der Zusammenarbeit zwischen den Ländern möglichst schnell überwindet, und wir so dann länderübergreifende Fördermaßnahmen haben, um möglichst alle Fachkräftepotenziale heben zu können. Wir könnten uns auch vorstellen, dass man das Thema Fachkräftemangel senatsseitig – jetzt kommt wieder so ein Modebegriff – durch die Einführung eines Chief Talent Officers zentral versucht zu steuern, weil das ein volkswirtschaftlich so wichtiger Faktor ist.

Vorsitzende Sandra Brunner: Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Nolte?

Jörg Nolte (Industrie- und Handelskammer zu Berlin; Geschäftsführer für Wirtschaft und Politik) [zugeschaltet]: Dann mache ich jetzt einfach Schluss und übergebe an Frau Trommsdorf.

Vorsitzende Sandra Brunner: Okay, danke schön! – Frau Trommsdorf noch kurz zur Ausbildungsplatzsituation. – Bitte wirklich kurz!

Sandra Trommsdorf (Industrie- und Handelskammer zu Berlin; Bereichsleiterin für Wirtschaft und Politik) [zugeschaltet]: Herzlichen Dank! – Die Berliner Wirtschaft wird ihren Beitrag leisten. 2,8 Millionen Euro hat unsere Vollversammlung die nächsten drei Jahre zusätzlich freigegeben. Mir ist ein Punkt wichtig: Wir kommen nicht weiter, wenn wir nur auf die angebotenen betrieblichen Ausbildungsplätze schauen. Ohne die Diskussion hier zu führen, machen wir gern das Angebot der IHK Berlin an den gesamten Ausschuss, dass wir eine kleine Roadshow durch Ausbildungsbetriebe organisieren. Sie sind herzlich eingeladen, wenn Sie das Angebot annehmen möchten, auf uns zuzukommen.

Eine Qualitätsoffensive für die Berliner Schulen brauchen wir; in der Berufsorientierung einen Mentalitätswechsel, gemeinsam mit Wirtschaft nachhaltige Strukturen in der Berufsorientierung zu schaffen, wegzukommen von vielen Projekten hin zu nachhaltigen Strukturen. Die Jugendberufsagentur muss neu ausgerichtet werden hin zu einer Beratungs- und Vermittlungsagentur, die sich an der Vermittlungsquote in Ausbildung messen lässt. Wenn wir Aktivierungsquoten von Jugendlichen von unter 20 Prozent haben, wenn 80 Prozent der Jugendlichen für Maßnahmen oder auch Ausbildungen nicht erreichbar sind, dann sollten wir da mal genauer hinschauen, denn dann ist es nicht fair, diese Zahl mit den angebotenen Ausbildungsplätzen in Korrelation zu setzen. – Herzlichen Dank!

Vorsitzende Sandra Brunner: Vielen Dank, Frau Trommsdorf! – Jetzt Frau Senatorin Kipping zu den Fragen, die an den Senat gerichtet worden sind. – Bitte schön!

Senatorin Katja Kipping (SenIAS): Vielen Dank! – Da wir schon ganz schön im Verzug sind, würde ich mich jetzt darauf fokussieren, schlaglichtartig ein paar Maßnahmen zu nen-

nen, die das Land Berlin macht, und gar nicht mehr auf Zahlen oder Details eingehen. Nur eine kurze Vorbemerkung: Ich glaube, es liegt auf der Hand, dass das Land Berlin von den Folgen der Coronapandemie in ganz besonderer Weise auch noch in den Jahren danach betroffen ist, und zwar nicht, weil hier irgendjemand Mist gebaut hat, sondern wir sind schlichtweg strukturell besonders stark auf Tourismus, Kunst und Kultur angewiesen; alles Bereiche, bei denen man sagen kann: Nach Infektionsschutzregeln gab es da deutliche Einschränkungen und Einbrüche. – Das muss man einfach immer mitdenken.

Jetzt zu den Maßnahmen: Wir haben zum Beispiel das Beratungsangebot der Fachstelle Qualifizierungsberatung in den KMU verstärkt, damit auch die kostenfreie Beratung gesichert ist. Dazu gab es eine Förderung von Qualifizierung während der Kurzarbeit. Ich glaube, das war auch wichtig, um zu sagen: Wenn es jetzt schon ein Zeitfenster gibt ... – Ganz oft scheitern Weiterbildung und Qualifizierung ja daran, dass die Leute so im Stress sind, dass sie gar nicht rauskommen, um das zu nutzen. Dann gab es noch mal eine Weiterbildungsprämie während des Zeitraums der Qualifizierung im KUG-Leistungsbezug, die wir gemacht haben. Ich habe übrigens erfahren, dass die OECD die bestehenden Beratungsstrukturen sehr gelobt hat.

Dann hat sich herausgeschält, dass die digitalen Grundkompetenzen auch für Langzeiterwerbslose entscheidend sind, weil die gesamte Arbeitswelt, die politische Welt, alles sich überall stärker auf Digitalisierung umgestellt hat. Dazu ist von SenIAS ein Kurrikulum für digitale Grundkompetenzen und deren praxisnahe Testung geplant; es soll ein entsprechendes Interessenbekundungsverfahren eingeleitet werden.

Dann gibt es verschiedene beschäftigungspolitische Maßnahmen, bei denen sich das Land Berlin besonders engagiert. Am bekanntesten und vielleicht in aller Munde ist das Pilotprojekt Solidarisches Grundeinkommen, wodurch 1 000 Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden, die langfristig geplant sind und nicht kurzzeitig aufhören, und wobei es die 100-prozentige Lohnkostenübernahme in Höhe des Landesmindestlohns oder der tariflichen Bezahlung gibt. Dazu könnte ich jetzt ganz viel Tolles erzählen; ich verweise vielleicht einfach mal auf die Berichte „Gesichter des Solidarischen Grundeinkommens“. Die Biografien, die Beispiele sprechen ganz stark dafür. – Dann gibt es die Förderung nach § 16i SGB II. Ich will jetzt nicht den Haushaltsverhandlungen vorgreifen, aber so Sie in diesem Punkt der Empfehlung des Senats folgen sollten, haben wir für 3 000 Plätze nach § 16i SGB II die notwendige Landeskofinanzierung eingeplant. – Dann gibt es das Projekt „Joboption Berlin“, bei dem es auch sehr stark darum geht, zu analysieren: Wo gibt es prekäre Beschäftigungsstrukturen, wie kann man die verbessern? – So weit schlaglichtartig zu dem Thema.

Zum Ausbildungsmarkt: Die ganzen Probleme sind ja benannt worden. Es hat trotzdem einiges stattgefunden, wie eine „Woche der Vermittlung“. Das Berliner Ausbildungsprogramm, kurz BAPP – mit Doppel-p, nicht wie die Band –, wurde um weitere 500 außerbetriebliche Ausbildungsplätze aufgestockt.

Dann – das ist, glaube ich, ein besonders schönes Projekt, das vielleicht auch bundesweit hätte Schule machen können – das Berliner Sofortprogramm „Ausbildungshotel“: Es war ja offensichtlich – wenn die Gaststätten und Hotels schließen müssen, ist es schwer, Lehrlingen etwas beizubringen; denn wo keine Gäste sind, wie will man da etwas nahebringen? Damit diese Generation, dieser Ausbildungsjahrgang nicht am Ende quasi komplett keine Praxis hat, ist hier ein Ausbildungshotel mit zwei Standorten gegründet worden, den Standorten ABA-CUS und Albrechtshof. In einer gemeinschaftlichen Vereinbarungen zwischen den Tarifparteien, der Bundesagentur und uns als Land Berlin haben wir sichergestellt, dass die Azubis dort ihrer Ausbildung nachgehen können. – Die überbetriebliche Lehrlingsunterweisung in der Grundstufe Handwerk ist vom Land Berlin übernommen worden. – Dann haben verschiedene Berufsorientierungen stattgefunden, und – damit ich es jetzt nicht im Detail ausführen muss – ich empfehle die Website www.ausbildung.berlin.

Das Thema Ausbildungsabbrüche wurde angesprochen. 30 Prozent, das ist natürlich eine erschreckend hohe Zahl. Ich glaube, da müssen wir gemeinsam in die Ursachenforschung gehen. Ich habe in der Zeitung gelesen, dass die FDP die Ursache schon gefunden hat: Es ist die Landesregierung. – Okay, das nehmen wir sportlich; im Zweifelsfall ja. – Es ersetzt für mich nicht die wirklich gründliche Ursachenanalyse; da sind wir im Gespräch. Ich habe jetzt angefangen, in verschiedenen Gesprächen auch bei den Handwerksunternehmen zu fragen: Mensch, was ist denn das? Warum brechen Leute ab? – Ein Problem, auf das ich gestoßen bin, das wir vielleicht mal gemeinsam bearbeiten müssen, ist zum Beispiel: Wenn Jugendliche in Familien sind, die auf SGB II-Leistungsbezug angewiesen sind – die bekommen eine Auszubildendenvergütung, können sich davon keine eigene Wohnung leisten und wohnen weiter bei den Eltern –, wird deren gesamtes Einkommen angerechnet. Was das psychologisch macht? – Jetzt können wir zwar mit unserer großen Lebenserfahrung sagen: Na ja, eine Ausbildung lohnt sich immer, weil später im Leben ist das toll. – Wenn der Jugendliche aber das Gefühl hat: Wenn ich eher länger schlafe und dann nur ein bisschen jobbe, habe ich genauso viel –, ist das eine echt kontraproduktive Wirkung; da müssen wir auch noch mal ran und uns mit dem Bund verständigen.

Ansonsten abschließend zum großen und schönen Thema Ausbildungsplatzumlage: Dazu gibt es einen klaren Vertrag, den Koalitionsvertrag. Der ist für mich bindend; deswegen nehme ich voller Freude die Erarbeitung der Eckpunkte in Angriff. Ich will hier wirklich noch mal um einen ideologiefreien Zugang dazu werben, dass wir vielleicht ein bisschen aus den Ritualen rauskommen. Es gibt einen Begriff, den früher die Gewerkschaften gesagt haben: Das muss man jetzt von der anderen Seite aus ablehnen. – Leute, wir haben hier ein gemeinsames Problem, und das gemeinsame Problem stellt sich für das Land Berlin wie folgt dar: Wir haben in Zahlen ein unbestechliches Defizit; 21 000 Bewerberinnen und Bewerber, 13 000 bis 14 000 Ausbildungsplätze. Das heißt, da ist objektiv auch in der Summe, nicht nur in der Frage der Qualität, ein Defizit, das wir decken müssen.

Es geht doch hier um folgende Frage: Es gibt auch Unternehmen, die sogar über ihren eigenen Bedarf hinaus ausbilden, die wirklich eine solidarische Leistung für die Gesellschaft bringen. Ich finde, es geht hier auch darum, jene Unternehmen zu stärken, die Ausbildung bieten, da auch selber sehr viel reinstecken, und die womöglich am Ende erleben, dass sie in die Ausbildung investieren, und dann werden die Ausgebildeten, wenn sie anfangen können zu arbeiten, weggezogen. Ich würde die Ausbildungsplatzumlage, wie ich sie mir vorstelle, eher als eine Gewinnsituation für uns alle in der Gesellschaft sehen, nicht als eine Bestrafungsmaßnahme.

Bei jedem Gespräch mit Unternehmen höre ich das Thema Fachkräftemangel, und wenn die jetzige Generation von Auszubildenden nicht gut aufgefangen wird, ist das die Vorprogrammierung des weiteren Fachkräftemangels von morgen. Hinzu kommt, dass wir damit vielleicht auch schauen könnten, dass wir uns bei den Berufen, die in Zukunft – Stichwort Klimawandel beispielsweise – einen viel höheren Bedarf haben, in denen es jetzt noch gar nicht das Angebot gibt, ein bisschen zukunftsfest machen. – Das in aller Kürze, was ich zum Thema Ausbildungsplatzumlage im Hinterkopf habe, bei dem ich dafür werbe, dass wir uns dem Problem zugewandt und ideologiefrei nähern.

Vorsitzende Sandra Brunner: Vielen Dank, Frau Kipping! – Vielen Dank an die Anzuhörenden Frau Dr. Schröder, Herr Glawe, Herr Nolte und Frau Trommsdorf! Wir konnten sicherlich heute erst mal nur einige Punkte anteuern. Wir werden uns mit Sicherheit in den kommenden fünf Jahren hier noch mal wiedertreffen und viele Dinge erörtern. – Wir vertragen diesen Besprechungspunkt, bis wir das Wortprotokoll vorliegen haben und gemeinsam auswerten können.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Umsetzung der Tariftreueklausel im Berliner
Ausschreibungs- und Vergabegesetz (BerlAVG)**
(auf Antrag der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen und der Fraktion Die Linke)

[0010](#)
IntArbSoz

Vertagt.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.